

Finaler Feinschliff-Text für die Pressemitteilung

Gemeinsame Pressemitteilung: NABU Kreisverband Odenwaldkreis, BUND Odenwald & NZO – Naturschutzzentrum Odenwald

Datum: 26.10.2026

Titel: Artenschutz im Odenwaldkreis ausgebremst: Naturschutzverbände kritisieren Ablehnung des Mähroboter-Nachtfahrverbots

Odenwaldkreis – Mit großem Unverständnis haben die Naturschutzverbände im Odenwaldkreis auf die Entscheidung des Kreisausschusses reagiert, den einstimmigen Beschluss des Naturschutzbeirats für ein Nachtfahrverbot von Mährobotern abzulehnen. Die Entscheidung erfolgte, nachdem der Kreistag im August bereits einen ähnlichen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt hatte. Während benachbarte hessische Landkreise, wie der Kreis Bergstraße und Groß-Gerau, längst pragmatische Allgemeinverfügungen zum Schutz von Igeln und Amphibien erlassen haben, blockiert die Kreispolitik im Odenwaldkreis wirksame Maßnahmen für den Artenschutz vor unserer Haustür.

„Es ist bitter zu sehen, dass ein fachlich unbestrittenes und im Beirat einstimmig beschlossenes Anliegen zum Schutz unserer Tierwelt auf der politischen Ebene zerrieben wird“, erklärt Martina Limprecht, Vorsitzende des NABU Kreisverbands Odenwaldkreis. „Der Braunbrustigel steht mittlerweile auf der Vorwarnliste der bedrohten Arten, und laut Bundesnaturschutzgesetz (§ 44 BNatSchG) besteht ein striktes Tötungsverbot für streng geschützte Tiere.“

Dass Kreisausschuss und Kreistag stattdessen auf freiwillige Aufklärungskampagnen setzen, läuft ins Leere: „Die Problematik von Mährobotern für Igel und andere Wildtiere ist inzwischen vielfach thematisiert worden, sodass zumindest bei vielen Besitzerinnen und Besitzern grundsätzlich bekannt sein dürfte, dass ein nächtlicher Betrieb problematisch ist. Die entscheidende Frage ist weniger, ob ausreichend informiert wurde, sondern ob aus diesem Wissen auch konkretes Handeln folgt. Das ist leider keineswegs selbstverständlich. Ein Nachtfahrverbot hätte eine klare, verbindliche Botschaft gesetzt und auch ohne flächendeckende Kontrolle eine stärkere und langfristige Wirkung entfaltet“, so Michael Flath, Sprecher des BUND Odenwald.

„Mähroboter laufen vollautomatisch und meist unbeaufsichtigt. Wer nachts mäht, nimmt den qualvollen Tod von Igeln in Kauf. Ein Flyer oder ein Aufklärungsplakat stoppt kein

rotierendes Messer“, betont Limprecht. „Uns geht es nicht darum, Bürgerinnen und Bürger mit Verboten zu gängeln, sondern um die Einhaltung des bestehenden Bundesnaturschutzgesetzes. Wenn die Politik bei nachgewiesenen Gefahren die Augen verschließt und sich auf unverbindliche Empfehlungen zurückzieht, weicht sie ihrer klaren Schutzverantwortung aus.“

Ergänzend fügt Prof. Kerstin Schultz (NZO) hinzu: „Es reicht unserer Meinung nach nicht aus, dass Bekenntnisse zum Artenschutz nur mitgetragen werden, solange sie, wie zum Beispiel Blühstreifen, hübsch anzusehen sind und niemanden stören. Sobald es um verbindliche Maßnahmen im Alltag geht, vermissen wir den politischen Mut zum Handeln. Der ist aber wichtig, um unnötiges Tierleid durch Mähroboter zu vermeiden.“

Die Naturschutzverbände sowie das NZO – Naturschutzzentrum Odenwald fordern die politischen Entscheidungsträger und die Verwaltung auf, den Artenschutz nicht aus parteipolitischen Erwägungen heraus zu blockieren. „Der Odenwaldkreis muss seiner ökologischen Verantwortung gerecht werden und dem Vorbild anderer hessischer Landkreise folgen, um die bestehende Schutzlücke endlich zu schließen“, so die Sprecher*innen der Naturschutzverbände einstimmig.